

13.06.2022 - AG Selbstverständnis Runder Tisch für Flüchtlingsfragen

Teilnehmende

Miriam Haseleu, Evangelischer Kirchenverband Köln und Region

Claus-Ulrich Pröbß, Kölner Flüchtlingsrat

Conny Schmerbach, SPD-Fraktion

Dilan Yazicioglu, Fraktion Bündnis 90/Grüne

Klaus Adrian, AK Politik der Willkommensinitiativen

Annette de Fallois, Diakonisches Werk des Ev. Kirchenverband Köln und Region

Jörg Detjen, Fraktion DIE LINKE

Neslihan Arikan, Geschäftsführung Runder Tisch für Flüchtlingsfragen, 16

Bettina Baum, Amtsleitung, 16

Ziele und Intention der AG

In der Sitzung des Runden Tisches für Flüchtlingsfragen am 13.05.2022 wurde der Wunsch aus dem Kreis der Mitglieder geäußert, sich zum Selbstverständnis des Gremiums zeitnah auszutauschen und gfs eine neue Form des flüchtlingspolitischen Austauschs zu finden.

Mit der Einladung zur AG wurde die Geschäftsordnung des Runden Tisches sowie der Ratsbeschluss zu dessen Gründung von 2003 übermittelt.

Austausch und Ergebnisse

Es besteht der Wunsch nach einer flüchtlingspolitischen Plattform für alle relevanten und aktuellen Fragen zum Thema „Geflüchtete“. Der Runde Tisch soll kein „Mitteilungsorgan der Verwaltung“ sein. Zudem wird ein „Versagen des Runden Tisches“ zu Fragen des Ukraine-Krieges bzw. der Situation in Köln konstatiert. Die Mitglieder vermissen eine strukturierte Kommunikation für alle relevanten Akteure und eine zeitnahe, transparente Information und Kommunikation der Verwaltung gegenüber diesem Gremium. Diskutiert wird die Rolle des Runden Tisches als „Interventions-Gremium“ und sein Auftrag in Abgrenzung zu den Ratsgremien.

Wichtig ist allen Teilnehmenden der AGM; dass zukünftig aktuelle Themen gesetzt werden müssen, über die der Runde Tisch diskutieren und sich positionieren sollte (z. B. Abschiebungen, Ungleichbehandlung von Geflüchteten, Aufgabe Gemeinschaftsunterkünfte).

Die in der Geschäftsordnung vorgesehene Möglichkeit einer öffentlichen Positionierung mittels PM solle wieder verstärkt genutzt werden.

Änderungsbedarfe bestehen sowohl in formal-organisatorischer als auch in fachlich-inhaltlicher Sicht.

- Es besteht der Wunsch nach weiteren Sitzungsterminen von zzt. 4 auf insgesamt 6 Sitzungen jährlich ab 2023. Bereits im 2. Halbjahr 2022 solle eine weitere Sitzung terminiert werden.
- Die Dauer der Sitzungen soll mindestens 2 Stunden betragen.
- Es wird ein um mehrere Mitglieder erweiterter Vorbereitungskreis zur Vorbereitung der Sitzung eingerichtet. Neben den beiden Sprecher*innen sowie zwei Personen der Verwaltung sollen weitere Mitglieder in einem Vorbereitungskreis die Sitzung jeweils auch inhaltlich vorbereiten, wobei keine Mitglieder der Politik einbezogen werden sollen, da diese nicht für alle Fraktionen sprechen können.
- Jede Sitzung soll zukünftig ein Schwerpunktthema haben, das mit der Übersendung der TO angekündigt wird. Die Mitglieder können Vorschläge / Wünsche für die Schwerpunktthemen an die GF übermitteln.
- Dem Schwerpunktthema soll ein ausreichender zeitlicher Rahmen zur Diskussion eingeräumt werden.
- Die mündlichen Berichte der Verwaltung (zzt unter TOP 2 „Aktuelle Lage und Planungen zur Aufnahme Geflüchteter aus der Ukraine“) sollen sich an dem gesetzten Schwerpunktthema orientieren und zeitlich gestrafft werden.
- Der TOP „Wesentliche Mitteilungen der Verwaltung an die Fachausschüsse“ soll gestrafft werden. Es erfolgt eine Kenntnisnahme der Mitteilungen im Block, sofern kein dezidiertes Austauschbedarfe zu einzelnen Mitteilungen besteht.

Die Änderung der Geschäftsordnung wird zum jetzigen Zeitpunkt als nicht notwendig erachtet, da die besprochenen Änderungen sich innerhalb des Rahmens der GO bewegen.

Bereits terminiert ist eine **Sondersitzung am 24.06.** zur aktuellen Lage und Planungen zur Aufnahme von Geflüchteten aus der Ukraine sowie zum Bericht „Gewaltschutz in den Unterkünften für Geflüchtete in Köln“ des Wohnungsamtes. Zusätzlich wird das Thema Abschiebungen auf die TO genommen.